

Das Gommer Ringen um die Nachtambulanz in Münster geht weiter

Der Kanton will den Nachtpikettendienst der Ambulanz nach Bitsch verschieben. Die Gemeinden wehren sich. Ein privater Verein hilft mit.



Gerhard Kiechler, Präsident der Gemeinde Goms.



Patric Zimmermann, Präsident der Gemeinde Obergoms.

Bilder: pomona.media/Alain Amherd

Matthias Summermatter

Kommt es im Obergoms und Goms in der Nacht zu einem Notfall, steht in Münster ein Pikettendienst der Ambulanz bereit. Das Angebot besteht seit Jahren. Doch damit könnte ab diesem Sommer Schluss sein. Der Kanton plant, den Nachtpikettendienst von Münster nach Bitsch zu verschieben. Das Unverständnis im Obergoms und Goms ist gross. Der Widerstand auch.

Die beiden Gemeindepräsidenten Patric Zimmermann (Obergoms) und Gerhard Kiechler (Goms) kämpfen an allen Fronten gegen die geplante Streichung. Sie befürchten eine massive Schwächung der medizinischen Grundversorgung in ihrer Region. Zimmermann sagt: «Wir versuchen alles, um die 24-Stunden-Pikettambulanz in Münster aufrechtzuerhalten.» Ihre Intervention zeigt teils Wirkung.

Zimmermann und Kiechler haben gemeinsam mit Grossräten aus der Region erreicht, dass der Nachtpikettendienst zumindest bis zu diesem Sommer in Münster bleibt. Der Kanton wollte die Verschiebung ursprünglich per 1. Januar 2022

umsetzen. Beide Seiten haben sich in den letzten Wochen zu Gesprächen getroffen. Wie es nach diesem Sommer weitergehen soll, ist aber noch immer ungewiss. Doch wie konnte es überhaupt so weit kommen?

Das sanitätsdienstliche Rettungswesen im Wallis ist Sache der Kantonalen Walliser Rettungsorganisation KWRO. Diese Aufgabe ist eine von vielen, die die Organisation im Auftrag des Kantons übernimmt. Das jährliche Budget der KWRO beträgt rund 13 Millionen Franken. Gegenwärtig sind im Wallis sieben teils private Ambulanzunternehmen mit elf Einsatzbasen aktiv. Die Unternehmen werden anhand genauer Kriterien – wie etwa der Anzahl Einsätze – entschädigt. Doch der Betrieb ist aufwendig und kostspielig. In Regionen mit langen Anfahrtswegen und wenig Einsätzen geht die Rechnung für die Unternehmen nicht immer auf.

So hat die Firma «z-zerzuben» entschieden, den Nachtpikettendienst in Münster und die zusätzliche Pikettambulanz in Visp einzustellen. Grund sind personelle Engpässe. Die reguläre Ambulanz in Visp bleibt bestehen.

Als Reaktion darauf schwebt der KWRO die Einrichtung einer neuen Nachtambulanz in Bitsch vor, in der die Rettungssanitäter durchgehend im Einsatz stünden. Unter anderem soll dadurch das Personal der beiden Pikettdienste in Münster und Visp gebündelt werden. Doch ein definitiver Entscheid ist noch nicht gefallen.

Was unternimmt jetzt die KWRO? Zumal die Organisation das gesamte sanitätsdienstliche Rettungswesen im Wallis zurzeit überarbeitet und bis Mitte Jahr vom Staatsrat absegnen lassen will.

Die KWRO teilt auf Anfrage mit, dass derzeit mehrere Optionen für die Anpassung des Dispositivs analysiert würden. Eine Verschiebung der Ambulanzbasis nach Westen verschlechtert möglicherweise die Hilfrisiten für einige wenige Einsätze zuoberst im Goms. Für zahlreiche Einsätze im mittleren und unteren Goms würden sich die Hilfrisiten dagegen verbessern, schreibt die KWRO. Es gelte jetzt, die bestmögliche Lösung zu finden. Man stehe in Kontakt mit den lokalen Behörden.

Wie zudem zu vernehmen ist, hat die KWRO den Auf-

trag für den Nachtpikettendienst in Münster kürzlich ausgeschrieben. Doch im Goms sind die Zweifel gross, dass ein anderes Unternehmen unter den aktuellen Bedingungen einspringt.

Zimmermann und Kiechler sprechen deshalb davon, dass das sanitätsdienstliche Rettungswesen im Wallis grundsätzlich neu überdenkt werden müsste. Ihre Forderung: Menschen in Seitentälern sollen von den gleichen Leistungen profitieren können wie jene in grossen Talgemeinden. Kiechler sagt: «Kann die KWRO diesen Leistungsauftrag unter den aktuellen Bedingungen nicht erfüllen, muss die Organisation stärker beim Kanton intervenieren.» Will heissen: Wie viel ist der Politik die Notfallversorgung in den Seitentälern wert?

Zimmermann und Kiechler haben derweil alle politischen Hebel in Bewegung gesetzt, damit der Nachtpikettendienst in Münster erhalten bleibt. Sollte der Dienst definitiv wegfallen, könnten sich die beiden Gemeindepräsidenten vorstellen, ein eigenes Angebot vor Ort auf die Beine zu stellen. Zimmermann sagt: «Diese Investition wäre es uns wert. Auch wenn

das eigentlich nicht die Aufgabe einer Gemeinde sein kann.»

Zimmermann und Kiechler machen weiter Druck auf die KWRO und den Kanton. Sie sind überzeugt, dass das Obergoms und Goms auf den Nachtpikettendienst in Münster angewiesen sind. Der Anfahrtsweg von Bitsch dauert für sie schlicht zu lange. Kiechler sagt: «Tritt auf einem der Alpenpässe ein medizinischer Notfall ein, wartet der Patient eine Stunde auf die Ambulanz. Da machen wir uns doch in der gesamten Schweiz lächerlich.»

Zimmermann und Kiechler nennen weitere Argumente, die für einen professionellen 24-Stunden-Ambulanzdienst vor Ort sprechen. Beide Gemeinden zählten zusammen 2000 Einwohner. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung steige. An Spitzenzeiten im Winter oder Sommer hielten sich Tausende Gäste in der Region auf. Das Verkehrsaufkommen bei den drei Alpenpässen sei hoch. Und ein Wegfall des Nachtpikettendienstes sei auch für das geplante regionale Gesundheitszentrum in Münster ein schlechtes Zeichen. Inzwischen unterstützen auch vie-

le Privatpersonen die beiden Gemeindepräsidenten.

Ende Januar gründete sich der Verein IG Ambulanz Goms. Fast 700 Personen sind bereits Mitglied. Es sind Einheimische, Zweitwohnungsbesitzer und Feriengäste. Gemeinsam wollen sie die Wichtigkeit des Nachtpikettendienstes in Münster unterstreichen. Vorstandsmitglied Daniel Buri sagt: «Das Schicksal sucht sich nicht aus, ob du am Tag oder in der Nacht Hilfe brauchst.» Der Verein will sein Netzwerk nützen, um die Gemeinden Obergoms und Goms in ihren Forderungen zu unterstützen. Als Beisitzer fungiert im Vorstand etwa alt Ständerat René Imoberdorf.

Die Mitgliedschaft kostet 20 Franken pro Jahr. Der Verein will mit den Einnahmen die Gemeinden bei Unterschriften-sammlungen für Petitionen oder Initiativen unterstützen. Einen Teil davon investierte man bereits für die Erstellung einer Internetseite. Sollte es den Verein einmal nicht mehr brauchen, soll das Geld für einen guten Zweck oder allenfalls an die Stiftung für das geplante Gesundheitszentrum in Münster gespendet werden.

Gratiskuvverts für Naters und Brig-Glis?

Abstimmen soll nichts mehr kosten. Das fordert die SP und will so die Stimmbeteiligung steigern. Doch es gibt rechtliche Hürden.

Thomas Jossen

Die SP Sektion Brig-Glis/Naters/Brigerberg hat bei den Gemeinden Naters und Brig-Glis einen Antrag gestellt. Darin werden die beiden Gemeinden aufgefordert, «die Einführung der brieflichen Stimmabgabe durch vorfrankierte Rückantwort-Wahlkuverts zu prüfen».

In der Gemeinde Naters kam es nicht einmal zur Diskussion im Gemeinderat. Präsidentin Charlotte Salzmänn-Briand sagt: «Der Kanton hat uns mitgeteilt, dass es

dafür zuerst eine Anpassung des kantonalen Gesetzes braucht.» Die Gemeinde könne einen solchen Schritt nicht auf eigenen Willen anpassen.

Bei der Stadtgemeinde Brig-Glis tönt es gleich. Stadtschreiberin Ursula Kraft sagt: «Der Kanton lässt ein solches Vorhaben nicht zu.» Zudem sagt Kraft, dass die Stadtgemeinde auch schon eine solche Idee hatte. Als die Öffnungszeiten der Stimmlokale angepasst wurden, sei diese Idee im Stadtrat entstanden. Quasi als Gegenleistung, die Ku-

verts zu frankieren. Die Idee scheiterte am Gesetz.

Es geht um das Gesetz über die politischen Rechte. Die kantonale Gesetzgebung ist diesbezüglich klar. Im Artikel 26 Absatz 2 heisst es: «Die Versandkosten gehen zulasten des Stimmbürgers.» Maurice Chevrier, Chef der Dienststelle für innere und kommunale Angelegenheiten, sagt auf Anfrage: «Die Gemeinde besitzt hier keine Autonomie.»

Um eine Vorfrankierung der Übermittlungsumschläge zu er-

möglichen, müsste das Gesetz über die politischen Rechte geändert werden.

Ursprünglich hat sich auch der Verfassungsrat mit einem solchen Anliegen befasst, diese Bestimmung aber nachher nicht mehr weiterverfolgt. Weiter sagt Chevrier: «Wer das Porto sparen will, sich aber am Sonntag nicht an die Urne begeben will, hat die Möglichkeit, den Übermittlungsumschlag auf der Gemeindekanzlei in die Urne zu werfen.»

Claudia Alpiger, Co-Präsidentin SP Sektion Brig-Glis/Naters/Brigerberg, gibt sich mit den Antworten der Gemeinden und des Kantons nicht zufrieden.

Sie sagt: «Wenn eine Gemeinde die Versandkosten aber trotzdem übernehmen will, wird damit meines Erachtens kein kantonaler Grundsatz verletzt, da für den Kanton keine Kosten entstehen.»

Der eine oder die andere werde durch die Einführung von Gratiskuvverts «eher» an Abstimmungen und Wahlen teilnehmen. Sie verstehe dies grundsätzlich als Service an der abstimm-

menden Bevölkerung. Trotzdem glaubt Claudia Alpiger nicht, dass die bisherigen Portokosten eine Hürde oder Barriere darstellt. Doch gleichwohl müsse man eine Briefmarke zu Hause haben oder sich die Zeit nehmen, eine solche zu beschaffen. Nun will Alpiger politisch intervenieren. Sie plant einen Vorstoss im Grossen Rat anlässlich der nächsten Session. Und will nun diesen Schritt gar kantonal einführen.

Ob dieser Vorstoss im Grossen Rat mehr Chancen haben wird als im Verfassungsrat?